

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

291 (12.12.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, aber deren Raum 20 P. Lokalzerate billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 7/9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die Schande des Reichstags.

Die Reichstagsversammlung des ganzen Alltags liegt wieder auf dem Reichstag und auf dem ganzen deutschen Volk. Die Schlappe der bürgerlichen Fraktionen spiegelt sich in der Haltung ihrer Presse, der Ton ist matt, hoffnungslos und resigniert. Ein Bethmann hat das Evangelium des persönlichen Regiments verkündet, und die Mehrheit des Reichstags hat es in Ergebung angenommen.

Ein Votum des Reichstags, das die Haltung des Reichskanzlers in einer politisch grundsätzlichen Frage von höchster Wichtigkeit mit Sechshebelmehrheit mißbilligt, darf von diesem verurteilten Reichskanzler als eine belanglose „Meinungsverschiedenheit“ in einer einzelnen Frage hingestellt werden, die ihn nicht im mindesten veranlasse, sein Entlassungsgesuch einzuziehen. Ein Schwächling, ein notdürftig „gelebter“ Reichskanzler darf solchen Schand dem Reichstag ins Gesicht werfen, und was er damit sagt und tut, findet in bürgerlichen Parlamentsreden und in der bürgerlichen Presse nicht nur keinen entschiedenen Widerspruch, sondern sogar demütigende Bestätigung. Herr von Bethmann und sein Auftraggeber schenken der Meinung des Reichstags keine andere Beachtung als der einer beliebigen Versammlung, die wohl nach der Verfassung das Recht der Meinungsäußerung und das Petitionsrecht besitzt, aber auf die Reichspolitik darüber hinaus keinerlei Einfluß übt.

Das ist Recht, sagt Bethmann Hollweg unter Schweigen der Zustimmung der bürgerlichen Parteien. Aber, wenn das Recht ist, so muß sich jeder Reichstagswähler verzeihungsbittig fragen, wozu haben wir dann überhaupt einen Reichstag? Mit Schmerz tiefst man unmittelbar nach der Erklärung des Kanzlers die Versicherung des Herrn Peter Spahn, daß „wir“ die Balkanpolitik der Regierung billigen. Ja, wenn „wir“ die Balkanpolitik des Reichskanzlers nicht billigen, was wäre dann? Dann wäre es eben auch noch so, und der Reichskanzler würde sagen, daß sei eine „Meinungsverschiedenheit“ in einer einzelnen Frage; im übrigen geschehe natürlich, was er und sein Auftraggeber für richtig halte, und damit Punktum!

Aber, was Herr v. Bethmann als Recht hinstellt, das ist in Wirklichkeit nicht der gegebene Verfassungszustand, es ist weiter nichts als ein tatsächliches, unglückliches und beschämendes Machtverhältnis, das sich dank der Schwäche und Feigheit der bürgerlichen Parteien herausgebildet hat. Es ist ja ganz richtig, was der Reichskanzler aus sozialdemokratischen Reden zitiert hat, daß die geschäftsmäßige Selbstvervollmächtigung des Reichstags, seine Interpellationsberatungen mit einer Abstimmung abzuschließen, an sich noch keinen Machtzuwachs des Parlaments bedeutet. Wie zutreffend diese Feststellung ist, hat ja gerade der Ausgang der letzten Interpellationsdebatte über Jauern gezeigt. Der Beschluß, der die Politik des Reichskanzlers mit erdrückender Mehrheit verurteilt, hätte zwar den Anfang für eine ganz gewaltige Machterweiterung des Reichstags werden können, er ist aber, dank der Haltung der bürgerlichen Parteien, zu einer Ohnmachtserklärung des Reichstags geworden.

Diese Ohnmacht entpringt aber nicht den deutschen Verfassungszuständen. Auch die an sich nützlichen und notwendigen Verfassungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion dürfen nicht zu der falschen Auffassung Anlaß geben, als ob der Reichstag unter der bestehenden Verfassung der nötigen Machtmittel entbehre, um eine widerpenstige Regierung dem Volkswillen gefügig zu machen. Der Reichstag hat das unzweifelhafte Recht, die Vorlagen der Regierung, insbesondere auch das Etatgesetz, abzulehnen, hätte er dieses Recht nicht, so bräuhet ihm ja der Etat nicht vorgelegt zu werden.

Daß die Ablehnung des Etats durch den Reichstag, wenn sie wirklich zur Tat wird, schwere Kämpfe, Erschütterung und Verwirrung mit sich bringen könnte, ist ja außer Frage. Gerade darum ist es so gut wie gewiß, daß sich die Regierung schwer hüten würde, die Probe aufs Exempel zu machen. Die Etatverweigerung ist eine so fürchtbare Waffe, daß die Drohung mit ihr schon genügen würde, um die Regierung zur Vernunft zu bringen.

Der deutsche Reichstag und der deutsche Kaiser sind an einem Tage geboren worden. Dieses Wort ist in früheren Zeiten von den Liberalen mit besonderem Stolz zitiert worden, und es hat auch eine tiefe Verechtigung. Was das Reich zusammenhält, das ist der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts, und wenn der Reichstag durch einen Staatsstreich, wie z. B. durch die Verwendung laufender Mittel ohne gesetzliche Bevollmächtigung, in seiner Stellung erschüttert würde, dann geriete mit ihm auch die ganze Kaiserthronlichkeit ins Wanken. Es wäre ja wahnsinnig anzunehmen, daß das Reich in solche Gefahr geführt werden könnte, bloß um den armenlichen Bethmann ein paar Monate länger in seinem Amte zu halten!

Das Ernennungsrecht des Kaisers ist theoretisch unbeschränkt. Praktisch ist es beschränkt durch das verfassungsmäßige Recht des Reichstags, einem unmöglichen Reichskanzler den Etat zu verweigern. Wäre dem nicht so, so näherten wir uns den Zuständen der römischen Kaiserzeit. Es war nur die logische Folge eines praktisch unbeschränkten Ernennungsrechts, wenn der Kaiser Heliothal ein Pferd zum Konjul ernennen konnte. Wenn wir in Deutschland einfallen noch nicht so weit sind, so ist doch der Fall denkbar, daß ein Kaiser, sei es der jetzige oder ein späterer, einen Mann zum Kanzler ernennet, dessen völlige Unbrauchbarkeit außer ihm selber aller Welt klar ist. Es ist der Fall denkbar, daß ein späterer Monarch, der sich z. B. in den ersten Anfängen einer noch nicht erkannten Erkrankung befindet, eine solche total unmögliche Ernennung vollziehe. Wenn es gegen solche Willkür keine Hilfe gebe auf Grund der bestehenden staatsrechtlichen Zustände, so müßten wir ein Volk von Sklaven sein!

Nein, für die feige Schwäche der bürgerlichen Parteien gibt es in der deutschen Reichsverfassung keine Entschuldigung. Der Reichstag ist in die Schande gestochen worden nicht weil es ihm an Mitteln fehlt sich zu wehren, sondern weil den bürgerlichen Parteien der Mut fehlt, diese Mittel anzuwenden. Es ist eine hohnvolle Verleugung aller politischen Begriffe, wenn sich diese bürgerlichen Parteien als „national“ bezeichnen. Eine Nation ist ein zu politischem Selbstgefühl und Selbstbestimmungsrecht ermachtetes Volk. In diesem Sinn gibt es noch immer keine deutsche Nation. Das haben uns die Vorgänge der letzten Tage in wahrhaft erschütternder Weise zu Bewußtsein gebracht.

Die einzige Partei, die aus dem Reichstag ein Parlament und aus der deutschen Untertanenchaft eine Nation machen will, ist die Sozialdemokratie — sie, die von brennenderer Tollheit als „antinationale“ bezeichnet wird!

Bethmann schützt die Arbeitswilligen.

Des deutschen Reiches Nachmittags-Kanzler hat am Mittwoch im Reichstag über den Schutz der Arbeitswilligen geredet. Er, der sich nicht selbst bemüht, über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sein Sprüchlein zu sagen, sondern den Staatssekretär Delbrück mit einer ablehnenden Erklärung vorschickte, er, der auf die sozialdemokratische Anfrage wegen der Verlängerung der Fleischnotmaßregeln mit einem trübsen Nein antreten ließ, hat sich diesmal, wo es sich um die heiligsten Güter handelte, höchstpersönlich zu einer Rede aufgerafft. Auf diese Weise sollte er jedenfalls den „aufrechten 54“ seinen Dank abtrotzen, die im Orange des 4. Dezember für ihn ihren Mann gestanden hatten; es sind ja dieselben Leute, die bei der Abstimmung über ihre Scharfmacherresolutions in der gleichen kläglichen Minderheit blieben wie bei den: Abschluß der Zehner Interpellationsdebatte.

Herr v. Bethmann Hollweg hat damit gezeigt, daß er Resolutions, die mit erdrückender Mehrheit gegen die Konservativen abgelehnt werden, weit höhere Beachtung schenkt, als mit erdrückender Mehrheit angenommenen Entschlüssen. Auch tatsächlich bedeuten seine Ausführungen den Konservativen gegenüber ein sehr weitgehendes Entgegenkommen, und man darf es dem Reichskanzler glauben, wenn es nur auf ihn allein ankäme, so würde den Scharfmachern das Gewünschte promptest geliefert werden. Aber ein Schelm, der mehr gibt als er hat! Herr v. Bethmann kann trotz alledem einsehen, daß er nicht darauf rechnen, daß er für die Wünsche seiner konservativen Freunde eine Mehrheit im Reichstag finden würde. So kann er die Ungebulbigen einflößen nur mit der sorgfältigen Prüfung ihres Materials trösten, mit dem Studium der komplizierten Frage, wie man das Vermögen der Gewerkschaften durch „Saffbarmachung“ den Unternehmern in die Hände spielen könnte, wie die Verteidigungsparagrafen mit Rücksicht auf die modernen Koalitionen und zum Nachteil dieser geändert und verschärft werden könnten.

Das Koalitionsrecht will natürlich auch Herr v. Bethmann nicht antasten. Diese unaufrichtige Formel hat er als gelehriger Schüler vom Grafen Westarp übernommen. Nur die „Auswüchse“ sollen beseitigt werden. Wenn aber bei dieser kunstvollen Operation der Patient das Leben läßt, so wird es den Ärzten nicht leid tun.

Die Rede Bethmann Hollwegs zeigt der gesamten Arbeiterchaft deutlich, welche Gefahren ihr von dem bestehenden reaktionären Regiment drohen. Daß Herr von Bethmann nicht der Mann ist, große Scharfmachertaten zu vollführen, da es ihm an der nötigen Kraft dazu fehlt, mag für den Augenblick beruhigen, darf aber das Auge nicht blind machen für die großen Gefahren, die zielbewußt zu bekämpfen sind. Dieser Reichstag wird schließlich die Hand an das Koalitionsrecht legen, und wenn der neue kommt, wird Bethmann nicht mehr Kanzler sein. Aber die nächsten Reichstagswahlen werden ein Kampf um das Koalitionsrecht sein, und darauf gilt es schon heute zu rüsten.

Deutsche Politik.

Das Mandat v. Lieberts ungültig!

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags befand sich am Mittwoch wieder mit der Reichstagswahl im 14. sächsischen Wahlkreis. Dort siegte am 20. Januar 1912 in der Stichwahl der Reichsverbändler v. Liebert mit 13 081 Stimmen gegen 13 061, die auf unsern Genossen Rysfel-Leipzig entfielen. Der Reichstag beschloß im Vorjahre Beweisertehebung über eine Reihe von Behauptungen, die im Wahlprotest aufgestellt worden waren. Beim Wiederzusammentritt des Reichstags lag das Ergebnis dieser Beweisertehebungen endlich vor. Es wurde festgestellt, daß eine Anzahl Oesterreicher in die Wählerlisten eingetragen waren und auch gewählt hatten. Diese Stimmen waren für ungültig zu erklären und dem Sieger abzuziehen. In einem Orte hatte man drei Wähler einfach deshalb gestrichen und sie damit ihres Wahlrechts beraubt, weil sie am 3. Januar 1912 aus dem Ort verzogen waren. Diese Stimmen mußten nach alter Praxis des Reichstags dem unterlegenen Kandidaten zugezählt werden. In verschiedenen Orten wurden Wähler in die Wählerlisten eingetragen, die erst nach Schluß der Auslagefrist, teilweise erst in den ersten Tagen des Januar, zugezogen waren. Die Stimmen dieser Wähler mußten kassiert werden und waren dem Sieger abzuziehen. Das Ergebnis war schließlich folgendes: Herr v. Liebert waren 36 Stimmen abzuziehen, damit verblieben ihm noch 13 045 Stimmen; Rysfel erhielt 4 Stimmen zugezählt, damit stieg seine Stimmenzahl auf 13 065. Herr v. Liebert hatte also die Mehrheit verloren und die Kommission beschloß einstimmig, das Mandat des Reichsverbändlers für ungültig zu erklären.

Die beleidigte Majestät.

Wegen einer im Juni ds. Jrs. in Göchitz a. M. gehaltenen Rede zum Regierungsjubiläum Wilhelms II. ist gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Wendel ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Wiesbaden hatte die Einleitung des Verfahrens auf eine Strafanzeige des Landrats von Göchitz hin abgelehnt und die Anklage erst auf Verfügung des Oberstaatsanwalts in Frankfurt a. M. erhoben.

Kein Zuchthausgesetz in Vorbereitung.

Offiziös wird berichtet: „Die Meldung eines bayerischen Zentrumsblattes, daß im Reichsamt des Innern ein Gesetzesentwurf betreffend den erhöhten Schutz der Arbeitswilligen ausgearbeitet werde, trifft nicht zu. Im Reichsamt des Innern beschäftigt man sich natürlich auch mit dieser in der Öffentlichkeit vielfach erörterten Frage, aber bisher nur in der Weise, daß das erforderliche Material zur näheren Prüfung der Angelegenheit bearbeitet wird. Von der Ausarbeitung einer Vorlage ist vorläufig noch keine Rede.“

Zur Versorgung Deutschlands mit russischem Fleisch.

Schreibt man der „Hartungischen Zeitung“ aus Moskau: „Der Leiter der Moskauer Fleischbehörde hatte gegenüber den Klagen über den Fleischexport eine Denkschrift an das preussische Handelsministerium gerichtet und darauf hingewiesen, daß ähnliche Klagen bei Beginn des sibirischen Butterexports nach dem Auslande erhoben wurden. Jetzt aber nehme Rußland die zweite Stelle auf dem Buttermarkt der Welt ein, und ebenso werde es sich mit dem Fleischexport gestalten, wenn er in richtige Bahnen gelenkt werde. Dazu gehöre vor allem die Schaffung der erforderlichen Ausfuhrbedingungen, an die erst herantreten werden könne, wenn Deutschland einen erneuten günstigen Handelsvertrag mit Rußland abschließe. Dann würden die großen Ausgaben berechtigt erscheinen, die umfassende Kühlrichtungen, Einstellung von Eismagazinen und vieles andere mehr erfordern. Sibirien allein sei leicht in ein zweites Argentinien zu verwandeln, das nicht nur den deutschen Markt, sondern auch den russischen vollumfänglich mit Fleisch zu versorgen imstande wäre. Der deutsche Sachverständige, Professor Ostertag, der in dieser Angelegenheit nach Moskau entsandt gewesen wäre, teilte diese Ansicht und sei überzeugt, daß Rußland durch eine Sebung der Viehzucht eine enorme Steigerung seiner Exportfähigkeit im Fleisch erfahren könne.“

Es ist also durch Abschluß günstiger Handelsverträge durchaus möglich, Deutschland ausreichend mit gutem und nicht zu teurem Fleisch zu versorgen. Aber die Interessen der deutschen Agrarier erfordern, daß die Grenzen gesperrt bleiben, daß die Einfuhr möglichst unterbleibt und diese Interessen sind ja heute leider in Deutschland für Regierung und Reichstagsmehrheit maßgebend.

Ausland.

England.

Der englische Gewerkschaftskongress gegen den Generalkrieg Der Beschluß des außerordentlichen englischen Gewerkschaftskongresses ist so ausgefallen, wie zu erwarten war. Mit 2 228 000 gegen 203 000 auf vertretenen Stimmen entschied er sich

!

ausser- e, ganz

ile 5833

ruhe erstr. ke mstr.

fe-

ener

60 65

burger

65 35

40

er

aler

aten.

bern 0688

angelauf. bau, part. 2. Etod. 3391

bern 0688

angelauf. Mühlburg. 0688

22 50 P. 20.

gegen einen Generalstreik zur Unterstützung der Dabliner Aus-

Badische Politik.

Traurige Proleten.

Aus Heidelberg wird berichtet: „Eine Bezirks-

Es ist bekannt, daß die Tabakarbeiter zu denjenigen

Wir waren damals so frei, die „besonderen Vorzüge“

In dem Tabakbezirk Schwellingen, wo derselbe (Neu-

Nach dem „Beobachter“ (13. Sept.) soll das eine

„Zu diesem bezeichnenden Versuch, den Wahlkampf im

1. Die Zigarrenindustrie hat sich in den letzten Jahren

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Fortsetzung.)

Sieben Uhr abends, der Wärter bringt mein Abendessen.

Neun Uhr schlägt auf der Gefängnisuhr. Also los, in

Mein Herz klopt zum Zerplatzen. Bald klappt ein

Schnell Gut und Mantel! Nun bin ich in dem Kamin

Ich las mir auch die freiwillig gemachten Zeugenaussagen

fermachen die höchsten Löhne und nirgends unter dem Durch-

Weit überwiegend beschäftigt Herr Neuhaus weibliche Ar-

Seute muß sich dieses Blatt, das auch noch vorgibt, Ar-

Beleidigungsprozess.

Raut „BNC“ erfreute sich der früheren Direktor des Päda-

Der Grunderwerb für die Heil- und Pflanzanstalt bei

Nach einer Darstellung über den Fortgang des Grunder-

Der Militär-Skandal in Zabern.

Berichtigungs-Bombardement. Die Straßburger Militär-

„Zur Richtiggstellung der Behauptung verschiedener Blät-

Wie ein Eingangs des „Journal d'Alsace-Lorraine“

„Was fällt Ihnen denn ein, so zu schreien? Wir denken,

Amins glänzt ein Stern, ein herrlicher goldener Stern, und

Ich kletterte weiter, ohne Aufhören, eine endlos lange

„Es ist der Salm,“ stotterte ich, „der Salm von heit

Es war natürlich nicht der arme Salm gewesen, sondern

Als einzige Antwort erklärte ich dem Richter, daß zwischen

bezeichnen, ist nicht erklärlich. Offiziere pflegen im Kasino

Ein Zaberner Soldat verurteilt. Während bisher kein

Protest gegen die Militärabstufung.

Magdeburg: Die Arbeiterschaft Magdeburgs protestierte am

Braunschw.: Dienstag abend fand unter riesigem An-

Ludensalbe: Zwei überfüllte Versammlungen, in denen die

Jena: Eine von 200 Personen besuchte Protestversammlung

Deutschnationaler Arbeiterschaft. Anlässlich der Aussperrung

Der Streik in der Oberrheinischen Kartonnagenindustrie in

Mannheim ist mit gutem Erfolge für die Streikenden beendet.

Ichens uns nur um Auskünfte, die für die Veröffentlichung in

der einen Seite ganz genaue, näher bezeichnete Auskunft

Meine Erklärung wurde dem Schreiber diktiert, und die

Als ich am zweiten Tage durch die vielen Gänge wieder

Ich beschloß, meinen Plan am folgenden Tage, einem

„Erzählen Sie mir von Ihren Beziehungen zu Inge-

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Sonntag, 13. Dez. 10. Vorh. außer Abonnement. Zum ersten-

Badischer Landtag.

Die Debatte über das Budget der Heil- und Pflegeanstalten konnte gestern zu Ende geführt werden, nachdem noch verschiedene Redner sich zur Sache geäußert hatten. Es sprachen noch die Abgg. Dr. Bernauer, Dr. Blum, Dr. Wirth u. a., ohne daß irgend welche neuen Momente vorgebracht wurden. Wenn bei den übrigen Budgets die Debatte denselben breiten Rahmen einnimmt, so werden alle die guten Vorsätze über die Abführung der Debatten nichts fruchten.

Einen heftigen Zusammenstoß gab es, als der Zentrumsabgeordnete Hartmann versuchen wollte, einen von den Vätern der Sozialdemokratie erfolgten berechtigten zustimmenden Zwischenruf zu einer Bemerkung des Ministers für seine Zwecke auszunutzen. In klarer und entschiedener Weise wiesen die Genossen Süßkind und Kösch diese Demagogie zurück. Mit derartigen Mäßen dürften die „Arbeitervertreter“ des Zentrums wohl kaum Geschäfte machen.

Die Wahlprotokolle konnten gestern nicht mehr beraten werden, es sollen deshalb heute eventuell zwei Sitzungen abgehalten werden.



7. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 11. Dezember.

Präsident Rohrhoff eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Am Regierungstisch: Minister des Innern v. Bodman, Ministerialdirektor Schulz.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen, und zwar: der Gemeinden Märsch und Reuburgweiler um Erteilung eines Wohnhofes mit Güterbesitz an der strategischen Bahn an der Kreisstraße Märsch-Ütlingen, die an die Kommission für Eisenbahnen und Straßen; der Gemeinde Dittelhäusen um Errichtung einer Güterstation mit Wagenladungsverkehr dazwischen, die an die gleiche Kommission; der allen Oberstationen-Kontrollen um Verbesserung ihrer rechtlichen Verhältnisse, die an die Beamtenkommission überwiehen wird.

Weiter ist eingelaufen eine Eingabe des Maschinenpersonals am Gr. Hoftheater in Karlsruhe, womit die dem Hause vorliegende Petition dieser Beamten zurückgegeben wird.

Präsident Rohrhoff teilt mit, daß eine

Eingabe des Bezirkskomitees der Zentrumspartei

des Bezirks Donaueschingen-Engen zur Erläuterung des Protokolls über die Wahl des Abg. Dr. Wagner im 6. Wahlkreis eingelaufen ist.

Präsident Rohrhoff ist der Ansicht, daß diese Erläuterungen zu spät kommen, nachdem die Wahlprüfungen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) tritt dafür ein, daß die Erläuterungen noch in die Verhandlung einbezogen werden.

Abg. Rebmann (natl.) ist der Ansicht, daß das erst jetzt zugegangene Material nicht mehr verwendet werden kann.

Abg. Kayf (Ztr.) tritt der Ansicht von Dr. Schöfer bei.

Präsident Rohrhoff betont, daß nach der Geschäftsordnung das neue Material nicht mehr berücksichtigt werden kann.

Abg. Kayf (Ztr.) stellt den Antrag, die Erläuterungen noch zu berücksichtigen.

Abg. Hummel (Fortfchr.) bemerkt, daß wenn man an dem Tage, an dem die Wahlprüfungen zur Tagesordnung stehen, immer noch neue Erläuterungen berücksichtigen wollte, der Zustand eintrete, daß man schließlich überhaupt nicht mehr damit fertig werde.

Abg. Rebmann (natl.) bittet, unter allen Umständen von der Behandlung neuen Materials abzusehen, da es sich hier um Erläuterungen handeln werde, die eine Folge der Kommissionsverhandlungen sind.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) bittet nochmals, das Material zur Verhandlung zuzulassen. Es sei dies eine Nachfrage.

Abg. Kösch (Soz.): Ich möchte es ganz entschieden zurückweisen, daß es sich hier um eine Nachfrage handelt. Es handelt sich hier darum, daß nach Abschluß der Kommissionsverhandlungen noch weitere Erläuterungen kommen. Dies ist nicht angängig. Denn wenn wir dies durchführen dann werden wir nie fertig, weil dann immer wieder neue Erläuterungen kommen.

In der Abstimmung wird mit 34 Stimmen der Linken gegen 32 Stimmen der Rechten es abgelehnt, die neuzugegangenen Erläuterungen mit zu behandeln.

Ein Antrag der Abg. Gaußer u. Gen. betr. der Einreichung der Stadt Offenburg im Wohnungsgeldtarif wird der Beamtenkommission überwiehen.

Zur Tagesordnung steht: Fortsetzung der Beratung über den Voranschlag Ministerium des Innern, Ausgabe-Titel 12 und 13:

Heil- und Pflegeanstalten; Polizeiliches Arbeitshaus.

Abg. Rehm (natl.) geht kurz auf den Jahresbericht der Heilanstalt in Emmendingen ein und bittet um Verbesserung der Beleuchtung und der Schlafräume. Er ist der Überzeugung, daß es bei den Bauplänen möglich ist, eine bessere Ausrichtung der Anstalt aus zu ermöglichen. Die Interessen der ortsansässigen Industrie usw. sollten bei Vergewungen berücksichtigt werden; insbesondere sollte dies auch bei Schlafräumen geschehen. Ueber den Bau von Verze- und Wärterwohnungen ist man, mit Ausnahme von den Hausbesitzern, erfreut. Mit dem Bau der neu zu errichtenden Häuser sollte bald begonnen werden, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Zu wünschen wäre, daß die Neubauten in einem schöneren Stil als die bis jetzt gebauten errichtet würden. Die jetzt gebauten Häuser hat der Volksmund bereits mit den bezeichnenden Namen die „Schafshütten“ getauft. Zum Schluß wünscht der Redner, daß die neu zu erbauenden Häuser kanalisiert werden.

Abg. Morgenthaler (Ztr.) trägt einige Wünsche betr. der Schweinezucht in den Anstalten vor.

Abg. Dr. Bernauer (Ztr.) ist der Meinung, daß die Vermehrung der Internenanstalten bzw. die zunehmende Anzahl der Geisteskranken daher rührt, daß heute die Kranken sofort nach der Erkrankung in die Anstalten gehen, um, wenn irgend möglich, eine Besserung zu erzielen. Zu wünschen wäre allerdings, daß es nicht nötig ist, noch mehr Anstalten zu errichten. Die Ursache der Geisteskrankheiten liegt in erster Linie im Alkohol und bei den Geschlechtskrankheiten. Mit Aufklärung und Hilfe nicht getan. Unsere Schulen müßten nicht nur Lesen und Schreiben lehren, sondern sittliche Menschen erziehen. Staat, Kirche, Schule und Geistlichkeit müßten zusammenwirken. In dieser Hinsicht seien die beiden Konfessionen des Christentums einig. Hierdurch könne eine Gesundung des Volkes bewirkt werden. Zum Schluß äußerte der Redner noch einige Wünsche bezüglich der Anstalt in Rastatt.

Abg. Dr. Blum (natl.) äußert vom Standpunkt des Pädagogen aus, daß zur Bekämpfung der Geisteskrankheiten auch in prophylaktischer Weise vorgegangen werden müsse. Bei Behandlung des Schulbudgets sei ausdrücklich auf diese Frage vom Standpunkt der Schule auszugehen.

Abg. Kösch (Ztr.) macht einige kurze Bemerkungen über die Ursachen der Erkrankungen, will jedoch erst bei Behandlung der Schulfragen genauer darauf eingehen.

Abg. Rebmann (natl.) meint, daß es nicht richtig sei, abzustreiten, daß die Zahl der Geisteskranken zugenommen habe. Der Kampf gegen die Ursachen: Alkohol und Syphilis müsse mit allen Mitteln geführt werden. Die starrs Abstinenz ist für alle willensschwachen Menschen zu empfehlen. Der Kampf gegen die Syphilis kann nicht nur mit medizinischen Mitteln geführt werden. Ein Hauptmittel sei die Stärkung der sittlichen Kraft. Wenn dies jedoch sich ganz bewirklischen ließe, so bräuhete man keine Gefängnisse und keine Justiz. (Sehr richtig!) Wir kommen eben hiermit allein nicht durch und müssen mit den Tatsachen rechnen. Es muß versucht werden, an die Jugend zu appellieren. Die Frage ist nur, wann das zu geschehen habe und wer es zu machen hat. Es ist dies eine Frage des Taltes. Die weitere Ursache ist der Verbrauch an Nervenkraft in unserer Zeit, wogegen kein Mensch sagen kann, wie dem vorzubeugen ist. Diese Quelle zu verstopfen, liegt außerhalb unserer Macht. Man kann sich freuen, daß einmütig der Geist herrscht, daß dem Uebel unbedingt zu Leibe gegangen werden müsse.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) vermischt im Jahresbericht der Anstalten eine Auskunft über die Berufsarten der Geisteskranken. Die Ausführungen des Abg. Kösch in der gestrigen Sitzung, der die Geisteskrankheiten in erster Linie auf die soziale Struktur zurückführt, waren sehr interessant. Die Statistik zeige jedoch im gewissen Gegensatz hierzu, auf dem Gebiete der freien Berufe die größte Anzahl der Geisteskranken. Ich glaube wohl, daß eine Änderung der sozialen Struktur der Geisteskrankheiten beinflusst. Deshalb müssen wir im sozialen Sinne wirken.

Minister v. Bodman: Es ist erfreulich, daß das ganze Haus volles Verständnis für die Frage hat. Es hat mich auch sehr gefreut, daß des Personals und insbesondere des Herrn Geheimrats Schüle so anerkennend gedacht worden. Ich kann mich dem voll anschließen. Herr Geheimrat Schüle, der dem Hause in Jlenau 50 Jahre diente und manchen ehrenvollen Ruf nach auswärts ausschlug, hat dem Lande hervorragende Dienste geleistet, indem er nicht nur mit dem Besten, sondern auch mit dem Herzen arbeitete. Möge uns seine Kraft noch lange erhalten bleiben! Bezüglich der Zunahme der Geisteskrankheiten ist es im allgemeinen richtig, daß wir mit einer fortschreitenden Zunahme von Geisteskrankheiten zu rechnen haben. In den letzten Jahren war ein Zurückgang der Zunahme an Geisteskranken zu verzeichnen; dieses Jahr war allerdings wieder eine Zunahme zu bemerken. Es sind Schwankungen vorhanden. Man muß auch berücksichtigen, daß eine wachsende Erkenntnis der segensreichen Bedeutung der Anstaltsfrage zu verzeichnen ist. Es wäre merkwürdig, wenn wir in unserer Zeit nicht eine Zunahme der Geisteskrankheiten zu verzeichnen hätten. Alkohol und Syphilis sind sicher an der Zunahme schuld. Die große Regierung hilft mit, den Kampf gegen diese Krankheiten zu führen. Der Kampf gegen die Syphilis ist nicht nur eine Frage der Medizin, sondern auch ein Kampf gegen die Unzucht.

Wenn der Abg. Kösch neben dem Alkohol auch die Unterernährung als Faktor nannte, so ist dies ein Widerspruch. Wenn die Leute das Geld für Nahrungsmittel statt für Alkohol verwenden würden, so könnten sie sich besser ernähren. Die Löhne seien gestiegen. (Zuruf des Abg. Kösch: Aber auch die Lebensmittel!) Der kapitalistische Staat könne da nicht hineingezogen werden; er habe die soziale Gesetzgebung geschaffen.

Was die Wünsche für die Wärters betrifft, so sei in dieser Hinsicht bereits vieles geschehen und auch in der Debatte anerkannt worden. Es sei bereits im Etat eine Vermehrung des Wärterspersonals vorgesehen. Die Wärtersausstufung haben sich gut bewährt und zum guten Einvernehmen zwischen Direktor und Personal beigetragen. Den Wunsch, daß das Personal seine Beförderungen in Nichtanwesenheit des Direktors vortragen kann, haben wir zur Kenntnis genommen und den Direktoren zur Begutachtung vorgelegt. Bemerkte werden könne jetzt schon, daß dies zwei Seiten habe. Ich werde jedoch dem Wunsch, soweit ich ihn für durchführbar halte, entsprechen. Bezüglich des Umstandes, daß in Wiesloch Wärters in den Schlafräumen von Leichten Kranken schlafen müssen, ist zu sagen, daß dies nicht bedenklich ist. Was die übermäßig hohen Strafen in Wiesloch betrifft, so ist zu sagen, daß darunter sehr viele Strafen mit kleinen Beträgen sind. Unter den hohen Strafen sind solche wegen Austritt ohne Genehmigung, wegen Ueberforderung der Notwehr gegen Kranke usw. Besonders wegen Dienstvernachlässigung bei Zubereitung des Bades müßten Strafen verhängt werden. Ein Wärters müßte bestraft werden, weil er einen Kranken in ein zu heißes Bad brachte, so daß er sich verbrühte. Da sind Strafen berechtigt. (Sehr richtig!) Im übrigen sind dem Verwaltungshof keine Beschwerden zugegangen. Es sei eine Ungehörigkeit der Beamten, wenn sie sich an die Abgeordneten wenden, die dann hier im Landtag die Klagen behandeln müssen; statt daß sich die Beamten an den Verwaltungshof wenden. Bereits früher sei diese Art des Vorgehens für nicht angängig befunden worden. Die Beamten sollten sich an den Verwaltungshof wenden. Die hohe Zahl der nicht-etatmäßig angestellten Beamten in Wiesloch erkläre sich daraus, daß dies noch eine sehr junge Anstalt sei. Daraus erkläre sich auch der dortige häufige Wechsel, da es sich hier um junges Personal handle, das erst erprobt werden müsse. Nach und nach wird auch Wiesloch einen regulären Prozentsatz etatmäßig angestellter Beamten erhalten. Den in der Debatte berührten Wünschen betr. Heiratserlaubnis der nichtetatmäßigen Beamten, könne da mehr Rechnung getragen werden, wo weniger nichtetatmäßige Beamten vorhanden sind. Ich werde bestritten sein, auch in dieser Hinsicht den Wünschen Rechnung zu tragen. Bezüglich des Wunsches um Vermehrung der Gärtnerstellen in Wiesloch sei zu sagen, daß nicht 8 angestellt werden können, wenn man 4 braucht. Die Krankenhäuser sind nicht als Versorgungsanstalten da. Der Staat muß bei unnötigen Kosten sparen. (Sehr richtig!) Den Wunsch um eine Statistik der Berufsangehörigkeit der Geisteskranken werde ich prüfen und berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wäre zu sagen, daß von den Beamtenberufen spez. der Schulmannsberuf stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Nun zu den einzelnen Anstalten: Was die in Forzheim im betrieft, die eine der ältesten im Reich ist, so sollte diese schon lange aufgehoben werden. Zu dem Wunsch, die Aufhebung der Anstalt in Forzheim nicht über 1920 hinauszu schieben, ist zu sagen, daß bis jetzt von 1921 die Rede war. Inzwischen ist bereits eine gewisse Hemmung eingetreten, da wir nicht genügend Mittel haben, um rasch die anderen Anstalten entsprechend auszubauen. Ein Ausgleich könne jedoch dadurch eintreten, daß der Zuwachs an Geisteskranken nicht so groß werde, als man früher annahm. Die Zustände in der Forzheimer Anstalt seien zwar nicht erfreulich, doch auch nicht so schlimm, als dargestellt worden sei. Wir hoffen, daß spätestens im Jahre 1922 die Anstalt aufgehoben werden kann. Was ich nun kann, um die Aufhebung zu beschleunigen, wird geschehen. Bei der Abtretung des Staatsgeländes wird loyal verfahren; anders als zu seinem realen Wert kann es jedoch nicht abgegeben werden. Bezüglich der Aufnahme der Kranken in Jlenau und Konstanz ist beabsichtigt, Konstanz für die Aufnahme aus dem Kreis Konstanz und Waldsüt festzusetzen. Bezüglich der Anstalt Emmendingen sollte Abg. Rehm mit dem Bürgermeister von Emmendingen unter 4 Augen Rücksprache nehmen (Geiterkeit), daß die Ueberbauung die Aussicht nicht versperrt. Was die weiteren Wünsche bezüglich der Anstalt in Emmendingen betrifft, so wäre zwecks dessen Durchführung eine Vermehrung des Personals nötig. Bei den Vergewungen von Verewungen usw. werden wir uns bemühen, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die Unterbringung der neuen Anstalt in Rastatt an einem anderen Orte ist bereits auf dem letzten Landtage eingehend erörtert worden. Insofern sich aus

finanziellen und anderen Ursachen die Unmöglichkeit einer Errichtung in Adelsheim heraustritte. Ich werde versuchen, dafür den Interessen des Krankenlandes bei anderer Gelegenheit gerecht zu werden, wie ich dies auch bisher bereits tat. Bezüglich der Verpflegungslosten in den Anstalten ist der Verwaltungshof beauftragt gewesen, eine Ermäßigung der Vergütung möglichst zu beantragen. Es ist auf den Verhältnissen der armen Gemeinden bereits weitgehend Rücksicht genommen worden. Weitere Gesuche werden wohlwollend berücksichtigt werden. Es freut mich, daß die Anstalt in Konstanz einen günstigen Eindruck machte. Ueber den baulichen Zustand der Anstalt Jlenau hat der Abg. Gerber eine herbe Kritik gefällt und geäußert, daß sich ihm die Haare gestäubt hätten. (Geiterkeit.) Die feinerzeitige Verlegung der Anstalt umweit der Sektionshalle mag vielleicht ungewöhnlich gewesen sein. Es sollte dies nur ein vorübergehender Zustand sein und ich gebe zu, daß eine Verlegung am Platze ist. In erster Linie müssen wir jedoch für Unterbringungsmöglichkeit der Kranken sorgen und da gilt es angesichts der beschränkten Mittel eine Zerspaltung zu beschließen. Wir müssen unsere Kraft auf die neuen Anstalten konzentrieren und können Verbesserungen bei den alten Anstalten nur vornehmen, soweit sie dringend sind. Die Möglichkeit, daß durch das Sektionshaus in Jlenau eine Anstaltung durch Leichen erfolgen könnte, halten Sachverständige für ausgeschlossen. Es handelt sich mehr um eine ästhetische Frage, die man früher hätte bedenken sollen.

Abg. Hartmann (Zentr.) verweist sich dagegen, daß eine Ungehörigkeit vorliege, wenn sich die Beamten mit Beschwerden an Abgeordnete wenden. Es ist dies ein Recht der Abgeordneten, das gewahrt werden muß. Im übrigen entspreche der von ihm beregte Fall in Wiesloch, wo einige Arbeiter Strafgezahlten müßten, den Tatsachen. Er stelle außerdem fest, daß die patentierten Arbeitervertreter dem Minister einmal sehr richtig zurufen haben.

Minister von Bodman: Ich muß es mit Entschiedenheit zurückweisen, daß meinen Worten ein anderer Sinn untergeschoben wird. Ich sprach anders als der Abg. Hartmann es auslegte. Außerdem habe ich das Recht Geschädigten als Geschädigten zu bezeichnen. Herr Direktor Fischer, den ich wegen der beregten Wieslocher Strafgeschichte befragte, ist ein so hochstehender Mann, daß ich seinen Worten ruhig glauben kann.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) äußert, daß die Wärtershäuser in Emmendingen nicht zu beanstanden sind, wenn sie auch in gesundheitlicher Hinsicht zu wünschen übrig ließen.

Abg. Süßkind (Soz.):

Abg. Hartmann hat uns mit den Worten patentierte Arbeitervertreter angegriffen. Er will damit frühere Methoden wiederholen. Ich stelle daher fest, daß wir dem Minister sehr richtig zuriefen, als er mitteilte, daß ein Beamter bestraft werden müßte, weil er einen Kranken in ein zu heißes Bad brachte, so daß er verbrühte. Hier haben wir recht gehabt, denn die Gesundheit der Kranken muß geschützt werden. Es war früher schon einmal ein ähnlicher Fall da; da nahm jedoch das Zentrum eine andere Stellung ein.

Abg. Hartmann (Zentr.), dem mit Zustimmung des Hauses zum dritten Mal in der Debatte das Wort erteilt wird, bemerkt, daß er den Ausdruck sehr richtig! an einer anderen Stelle rügte.

Abg. Süßkind (Soz.):

Das 2. Mal fiel der Ausdruck sehr richtig! als der Minister sagte, die Krankenanstalten sind keine Versorgungsanstalten, was sehr berechtigt ist. (Das Zentrum fällt hierbei dem Abg. Süßkind mit einer Reihe von Zwischenrufen ins Wort, sodas er sich schwer verständlich machen kann.)

Abg. Kösch (Soz.):

Wir lassen uns vom Zentrum nicht übertreffen, wenn es sich darum handelt, das Interesse der Wärters zu vertreten. Wir traten von jeher für sie ein und tun dies auch jetzt. Wenn dagegen die Wärters ihre Pflicht grob vernachlässigen, so sind sie zu bestrafen. Was die beregten Sachen von Wiesloch, die zwar kleinerer Natur sind, betrifft, so meinen auch wir, daß statt einer Strafe eine Rüge genügt hätte.

Abg. Welzer (Zentr.) macht einige kurze Bemerkungen zu Heil- und Pflegeanstalt in Rastatt.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) äußert sich zu den Strafgebern, die zum Wohle des Personals verwendet werden sollten.

Präsident Rohrhoff stellt fest, daß dem Geheimrat Schüle einstimmig die Anerkennung ausgesprochen wurde und bittet um die Ermächtigung, ihn hiervon namens des Präsidiums in Kenntnis zu setzen. Das Haus ist damit einverstanden.

Abg. Schürmeister (Zentr.) dankt bei der Einzelberatung für die Errichtung der alle Wünsche befriedigenden Anstalt in Konstanz.

Abg. Denwald (Fortfchr.) wünscht, daß im nächsten Budget für die Anstalt in Rastatt ein namhafter Betrag eingestellt werde, um einen rascheren Ausbau zu ermöglichen.

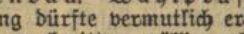
Abg. Kösch (Zentr.) bittet, an arme Gemeinden einen Zuschuß für Beiträge an das polizeiliche Arbeitshaus zu bewilligen. Der Titel Heil- und Pflegeanstalten, sowie Polizeiliches Arbeitshaus wird genehmigt.

Die Beamtenkommission hat sich nunmehr wie folgt konstituiert: 1. Vorsitzender: Abg. Kösch (natl.); 2. Vorsitzender: Abg. Wiedemann (Zentr.); Schriftführer: Abg. Kösch (Soz.). Die Kommission für Eisenbahnen und Straßen wählte zum Schriftführer den Abg. Denwald (Fortfchr.).

Eingegangen ist ein Gesuchentwurf über die Eingemeindung von Littweiler in Freiburg, der der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiehen wird. Präsident Rohrhoff schlägt Vertagung der Sitzung vor. Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag, 12. Dezember, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Budgetkommission und Beratung der folgenden Titel der Ministerien des Kultus und Unterrichts, sowie des Innern: Außerordentlicher Etat: Hochschulen, Volksschulen, Kreisstraßen, Wasser- und Straßenbau, Wahlprüfungen.

Die Tagesordnung dürfte vermutlich erst in einer zweiten Sitzung am Freitag nachmittag, völlig erledigt werden. Schluß der Sitzung: 1 Uhr.



Im Seniorenkongress

Der Zweite badische Landtag wurde gestern beschlossen, die Plenarverhandlungen am Freitag den 12. Dezember bis zum 12. Januar zu vertagen. Die Budgetkommission hält sowohl nächste Woche als vor dem Wiederzusammentritt des Plenums Sitzungen ab.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion richtete heute an die Gr. Regierung folgende kurze Anfragen:

1. Ist der Gr. Regierung bekannt, daß durch die Bauleitung des Güterbahnhofs Heidelberg Arbeiterentlassungen in großem Umfange vorgenommen wurden und daß durch diese bedauernde Erscheinung vornehmlich einheimische Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen wurden?

2. Ist der Gr. Regierung bekannt, daß das Gr. Bezirksamt Schwetzingen, obwohl das 2. Buch der Reichsverordnung noch nicht rechtskräftig erlangt hat, vor kurzer Zeit zwei Verwaltungsbeamte für die Ortskrankenkasse Schwetzingen von Amtswegen angestellt hat?

3. Welche sachlichen Gründe waren für die Gr. Staatsbehörde anlässlich dieser auffallenden Maßregel ausschlaggebend?

Die Budgetkommission

beschäftigte sich gestern nachmittag mit den Anforderungen des außerordentlichen Etats, insoweit Neubauten in Betracht kommen. Es sollen die bezüglichen Anforderungen in Hinblick auf die wirtschaftliche Depression vorweg bewilligt werden.

Die Wahlprüfungskommission

beschäftigte sich gestern nachmittag nochmals mit dem Protest gegen die Wahl des Abg. Sauer (Zentr.), der in der Stadt Offenburg gewählt wurde. Die Kommission beschloß mit 6 gegen 5 Stimmen, die Wahl zu beanstanden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Dezember.

Am Bundesratsitz die Staatssekretäre Delbrück, von Jagow, Fraenke, Lisco und Kühn.

Der Platz des Abg. Dove ist aus Anlaß seines 66. Geburtstages mit einem Rosenstrauß geschmückt.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Die Beratung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt.

Dr. Ricklin (Eisner): Graf Westarp hat gestern von Verhinderungen gesprochen, die die Zaberener Bevölkerung dem Militär gegenüber sich habe zuschulden kommen lassen.

Der Reichskanzler hat doch schließlich aus der Debatte gelernt, daß er so leicht, wie er gedacht hatte, nicht mit dem Mißtrauensvotum fertig werden wird.

Für das Volk brauchen ist die Sache nicht erledigt!

(Sehr richtig! links.) Wir wollen nicht einen Mann als Reichskanzler, der nicht imstande ist, mit der nötigen Energie gegen solche Ausschreitungen vorzugehen.

Terrorismus, da entrüsten sich die Scharfmacher nicht! Der Reichstag hat den Wähler Schumaiers als das unglücklichste Opfer der freien Gewerkschaften hingestellt.

Wo haben wir in Deutschland Parität?

Denken Sie an die preußischen Landräte, denken Sie an die „Himmelstempelkammer“ des Grafen Westarp. Diese Leute können gar nicht gerecht sein, auch wenn sie es wollten.

Zentralverband der Industriellen

über die Regierung. Wir haben mit den Bewilligungen für das Militär nichts zu tun und für die Besitzsteuer nur gestimmt, um neue Verbrauchsabgaben zu verhindern.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der Reichskanzler hat die Zaberener Affäre auf eine recht leichte Schulter genommen. Das ganze Zentrum steht hinter der Rede des Abgeordneten Hebrant.

Abg. Baasche (nat.): Ein Mißtrauensvotum in sozialdemokratischem Sinne haben wir nicht beabsichtigt, aber die Behandlung der Angelegenheit durch den Reichskanzler war demart.

Der Reichstag

Der Reichstag hat heute die Beratung des Reichshaushaltsetats fortgesetzt. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Berichtszeitung.

Wenn man bestraft ist. Vor ungefähr zwei Jahren verlobte sich eine Freiburger Dame aus „besseren“ Kreisen mit einem über 70 Jahren alten Engländer aus London.

Kriegsrisiken Verwickelungen gekommen ist, beweist, daß eine übergroße Kriegslust nicht vorhanden ist. In der Balkanfrage hat der Dreibund keine Niederlage erlitten und die Politik eines feres Auswärtigen Amtes hat sich durchaus bewährt.

Kriegsminister v. Falkenhahn: Der Abg. Ricklin hat von der Entziehung von Jagdscheinen gegenüber Ausländern gesprochen und meinte, dies sei nicht geschehen in Rücksicht auf die Sicherheit des Reiches.

Abg. Dertel (son.): Der Freundschaft zu Rußland und England freuen wir uns und ebenso, daß die Beziehungen zu Frankreich fortdauern.

Abg. Baasche (nat.): Ein Mißtrauensvotum in sozialdemokratischem Sinne haben wir nicht beabsichtigt, aber die Behandlung der Angelegenheit durch den Reichskanzler war demart.

Der Reichstag hat heute die Beratung des Reichshaushaltsetats fortgesetzt. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Berichtszeitung.

Wenn man bestraft ist. Vor ungefähr zwei Jahren verlobte sich eine Freiburger Dame aus „besseren“ Kreisen mit einem über 70 Jahren alten Engländer aus London.

Wenn man bestraft ist. Vor ungefähr zwei Jahren verlobte sich eine Freiburger Dame aus „besseren“ Kreisen mit einem über 70 Jahren alten Engländer aus London.

Die Krankenkassen-Wahlen in Karlsruhe.

Die „beste Stütze“ der Arbeitgeber.

Die neueste Nummer der „Gewerkschaftsstimme“, Organ des Zentralverbandes christlicher Fabrik-, Verfabriks- und Hilfsarbeiter Deutschlands bringt unter obiger Überschrift die Mitteilung, daß ein Dr. Meyerjam, Projektor eines gelben Arbeitervereins in Kiel an die Unternehmer ein Rundschreiben gerichtet habe, worin er um finanzielle Zuschüsse für den gelben Verein bittet. Der „Bettelbrief“ beginne mit dem Satz: „Die nationalen Arbeiter haben sich als die beste Stütze der Arbeitgeber erwiesen“ und schließt: „Ich bitte Sie unter Benutzung des anliegenden Formulars zur Unterstützung der nationalen Arbeiter einen Beitrag einzufenden.“

Die Redaktion des christlichen Blattes bemerkt dazu: „Beste Stütze des Unternehmertums und Bettel um milde Gaben, damit ist der Charakter der gelben Bewegung kurz aber zutreffend beleuchtet.“

Wir sind neugierig, was die christliche „Gewerkschaftsstimme“ zu dem Bettelbrief des christlichen Arbeitersekretärs Maier sagen wird. Auch dieser bittet bei den „Gottwohlgebornen“ Herrn Unternehmern für die nationalen und staatsireuen Boden stehenden Arbeitervereine, oder besser gesagt, christliche Organisationen:

„Wir richten an Euer Gottwohlgebornen die ergebenste Bitte, doch dieselben wollen mit einem kleinen Beitrag unser Bestreben unterstützen, damit sich Euer Gottwohlgebornen an dem Siege der schwarzgebornen Arbeiterschaft über die freiorganisierten Arbeiter erkennen kann.“ Ein Vertrauensmann wird in den nächsten Tagen bei Euer Gottwohlgebornen mit einer Sammel-Liste vorsprechen und bitten wir nochmals, ihm nicht den verdienten Fußtritt zu versetzen.“

Die letzten 7 Worte sind von uns geschrieben, im Bettelbrief des Herrn Maier heißt es: „Wir bitten nochmals, denselben (den Bettelvogt. R.) nicht leer ausgehen lassen zu wollen.“

Und eine solche Gesellschaft erdreistet sich noch, über andere zu Gericht zu sitzen! Wir wissen, daß bei den christlichen Gewerkschaften alles möglich ist. Daß sie aber schon soweit gesunken sind, hätten wir doch nicht erwartet.

Christliche Empfindlichkeit.

In Nr. 336 des „Bad. Beobachter“ befragt sich Jemand, offenbar ist es Herr Arbeitersekretär Maier, derselbe, der die schönen und untertänigen Bettelbriefe an die Unternehmer schreibt, über den „Volksfreund“, daß dieser die „Ehre der Nebenmenschen“ nicht achtet.

Ehre der Nebenmenschen! Ein seltsames Wort im „Bad. Beobachter“! Kann man noch persönlicher den Kampf führen wie es der „Beobachter“ und seine Helfershelfer, die schwarzen Zentrumsgelehrten tun?

Man betrachte nur einmal das Flugblatt, das vom Zentrumsauschuß für „soziale Angelegenheiten“ zu den Krankenkassenwahlen herausgegeben wurde. Mehr Verdächtigungen, mehr unwahre Behauptungen, mehr Verleumdungen kann man wohl auf einem Blatt nicht gut bringen.

Die Vertreter der Arbeiter haben in der Kassenverwaltung in uneigennützigster Weise ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, zum Wohle der Versicherten. Allerdings mußten sie dabei die Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber und Leistungsmöglichkeit der Versicherten berücksichtigen. Die Beiträge konnten nicht ins Blaue erhöht werden.

Daß es den schwarzen Zentrumschriften mit dem Ausbau der Kasse und mit den Mehrleistungen nicht ernst ist und war, geht aus der Tatsache hervor, daß sie gegen die Erhöhung der Beiträge gestimmt haben.

Wenn man mehr leisten soll, muß auch mehr bezahlt werden: das sollten auch die Christen wissen!

Der Vorstand hat immer weise Sparbarkeit geübt. Auch bei Delegationen wurde nicht mehr bezahlt als bei anderen Behörden.

Man lese im Flugblatt nur die Gemeinheiten über den Vorsitzenden der Kasse, Hof. Sind das etwa die Samtpfötchen?

Einen Mann wie Hof, der jede freie Minute in den Dienst der Sache stellt, der für das Versicherungswesen alles, was ihm möglich ist, tut, und mit allen Kräften dafür eintritt, daß die Arbeiter zu ihrem Recht kommen, in solch einer unverschämten Weise herunterzureißen, das können nur ganz gewissenlose Menschen tun.

Wo bleibt da die „Ehre der Nebenmenschen“, Herr Arbeitersekretär Maier! Ist das nicht ein „verwerfliches Spiel“, Herr Maier? Ist das nicht ein „ekelhaftes Treiben“ des Zentrums und der mit ihm verbündeten sogenannten christlichen Gewerkschaften?

Herr Arbeitersekretär Maier, der erste auf dem Zentrumszettel, hat in Durmersheim angeblich hinter verschlossenen Türen im „katholischen Arbeiterverein“ den Karlsruher Krankenkassenvorstand verächtlich und verleumdet, indem er „so im Vorbeigehen die Anstellung eines Krankenkassenkontrollenrs streifte“. Als Herr Maier seine Behauptungen beweisen sollte, mußte er den Rückzug antreten und die Kosten bezahlen.

So wie hier gesehen, würde es auch mit den Behauptungen und Verdächtigungen des Flugblattes kommen, das der Aushang für soziale Angelegenheiten zusammenschmieren ließ, wenn der Wahrheitsbeweis angetreten werden sollte. Jeder Versicherte sollte sich dies am Wahltag merken und dafür die Quittung ausstellen.

Arbeiter! Versichert! Eure Interessen können nur gewahrt werden, wenn Ihr Vertreter der freien Gewerkschaften in den Krankenkassenauschuß schickt. Deshalb gebt Eure Stimme nur der

Liste des freien Gewerkschaftskartells!

Zur Ortskrankenkassenwahl.

Der „Zentrumswähler“, ein politischer Kalender für das Jahr 1912, verteidigt die Haltung des Zentrums. In jeptischer Weise wird der Beschluß verteidigt, wonach in den

Landkrankenkassen durch die Zahlung die Wählerinnenunterstützung auf vier Wochen herabgesetzt werden kann. Man hat die Landarbeiterinnen und Dienstmädchen gegenüber den Ortskrankenkassen versicherten schwer benachteiligt. Der Zentrumswähler begründet die zwiespältige Haltung des Zentrums damit, daß ein Unterschied zwischen Stadt und Land unabweisbar gemacht werden müsse, weil die Verhältnisse verschieden seien. Weiter heißt es: Wäre es nach dem sozialdemokratischen Antrag gegangen und kein Unterschied zwischen Stadt und Land und auch kein Unterschied zwischen verheirateten und unverheirateten Wählerinnen gemacht worden, so hätte z. B. eine Magd auf einem Hofe, die ein uneheliches Kind erhält, auf sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung ins Bett liegen können und alles gratis erhalten. Die Hausfrau aber, die Bäuerin, müßte beim

Große Wähler-Versammlung.

Nächsten Montag beginnen die Wahlen zu den hiesigen Ortskrankenkassen. Ein heißer Kampf wird dieses Mal stattfinden. Mit allen

Mitteln der Verleumdung versuchen die Gegner, den freien Gewerkschaften den Sieg streitig zu machen. Sie schämten sich nicht, selbst

bei den Unternehmern betteln zu gehen.

Die anständig denkende, charaktervolle Arbeiterschaft von Karlsruhe kann nichts gemein haben mit jenen arbeiterverräterischen Elementen, sie muß

Protest erheben gegen die Verleumder und Unternehmer-Söldlinge.

Nächsten Sonntag findet der letzte Appell statt. Das Gewerkschaftskartell lädt die Arbeiterschaft Karlsruhes zu einer

öffentlichen Wähler-Versammlung

Sonntag morgen halb 11 Uhr in großen Saale des Kolosseum ein. — Referenten sind:

Stadttrat u. Krankenkassenamtmann A. Kausch-Heidelberg und Stadtverordneter W. Hof-Karlsruhe.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Es ist eure Ehrenpflicht, in Massen in dieser Versammlung zu erscheinen und zu bekunden, daß ihr mit den Machenschaften der Gegner nichts zu tun haben wollt. Deshalb muß am Sonntag morgen die

Parole heißen: Auf ins Kolosseum zur Wählerversammlung!

Wochenbett schon nach 10 Tagen wieder ihre Arbeit tun. Wäre das nicht geradezu eine Prämie auf uneheliche Kinder gewesen?

Ferner wird in dem „Zentrumswähler“ gesagt: Wohl ist die Kindersterblichkeit auf dem Lande und namentlich in den süddeutschen katholischen Landesteilen etwas höher als in der Stadt, aber daran sind andere Ursachen schuld. Die Kinderzahl ist auf dem Lande einerseits größer als in der Stadt, andererseits lassen die hygienischen Zustände oft viel zu wünschen übrig.

Auch verächtlich der „Zentrumswähler“, daß wenn das Zentrum den sozialdemokratischen Anträgen zugestimmt hätte, die Versicherungspflicht aller Kleinbauern herbeigeführt worden wäre und somit auch die Bäuerin den Muttererbschaft genießen konnte. Daß der „Zentrumswähler“ eine hohe Kindersterblichkeit in den süddeutschen katholischen Landesteilen zugibt, ist ebenfalls interessant und hätte erst recht das Zentrum veranlassen müssen, für einen besseren Mutter-

und Säuglingschutz zu sorgen. Wir sehen aber hier das selbe Schauspiel wie bei so vielen anderen Gelegenheiten, das Zentrum trampelt gerade die Interessen derjenigen Schichten am meisten nieder, die ihm am gottgergebendsten sind. Das betäubendste ist, daß diese Armen im Geiste dies nicht einmal merken. Die Zentrumschriften und Wahlplakate beschäftigen sich in jüngster Zeit so viel mit der Frage des Geburtenrückgangs und versuchen mit untauglichen Mitteln diesem entgegen zu wirken. Nein, ihr frommen Geuchler, wenn ihr dem Geburtenrückgang wehren wollt, dann tretet mit der Sozialdemokratie

für einen ausreichenden Mutter- und Säuglingschutz ein, helft die elende Lage weiter Volksschichten bessern, aber salbadert nicht mit frommem Augenaufschlag über die verdorbene Menschheit, denn ihr seid die Jugendbildner und Erzieher bis jetzt gewesen.

Gerade die weiblichen Versicherten haben bei der kommenden Ausschuhwahl die Möglichkeit, mit dem Stimmzettel den Trabanten des Zentrums, dem christlich-nationalen Kuddelmuddel, die verdiente Strafe zu geben. Keine weibliche Stimme den Christlich-Nationalen, sondern den Stimmzettel der freien Gewerkschaften abgeben, sei die Lösung.

Als Sterbegeld wird beim Tode des Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt. — Die Sozialdemokraten verlangten, daß mindestens 60 Mk. gewährt werden müßten. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Das Sterbegeld wird nur gewährt, wenn eine Person, die Mitglied der Krankenkasse gewesen ist, binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit stirbt und bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Sterbegeld unter den angeführten Voraussetzungen auch dann gewährt wird, wenn der Tod infolge einer anderen Krankheit eingetreten ist. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien. — Nach Ablauf eines Jahres verliert der Kranke seinen Anspruch auf Sterbegeld. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß sich der Kranke seinen Anspruch durch einen geringen Beitrag erhalten darf. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Familienhilfe ist in das Verleben der Kasse gestellt, — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Familienhilfe unbedingt gewährt werden muß.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien. Auch hinsichtlich einer besseren Zentralisation der Krankenkassen wurden die dahingehenden Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. Nach wie vor haben wir eine ganze Reihe von Kassenarten. Wir zählen Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts- und Erbschaftskassen. Sehr leicht wäre es durchführbar gewesen, die Land-, Betriebs- und Innungskassen zu beseitigen. In diesen drei Kassenarten wird der Einfluß der Versicherten gleich Null sein bei den Landkrankenkassen ist

das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten ganz ausgeschaltet und kann ihnen solches nach der Satzung gewährt werden. In den Betriebskrankenkassen ist der Unternehmer der geborene Vorsteher und in den Innungskrankenkassen herrschen die Innungsmeister.

Aus der Partei.

Protestversammlungen gegen die Militärbüfatur. Versammlungen, in denen die Vorgänge in Zabern und die Haltung des Reichstags sowie die Stellung des Reichskanzlers besprochen werden sollen, finden statt wie folgt:

Ettingen am Sonntag, 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr in der Restauration Traut.

Knielingen am Sonntag, 14. Dezember, abends 7 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“.

Durlach am Dienstag, 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der „Festhalle“.

Gaggenau am Mittwoch, 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Grünen Hof“.

Karlsruhe am Donnerstag, 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle (kleiner Saal).

Parteiengenossen! Sorgt durch rege Agitation für guten Besuch! Es gilt Protest einzulegen gegen die Annahmen der Soldateska. Es gilt aber auch die Haltung des Kriegsministers und des Reichskanzlers gebührend zu kennzeichnen. Nicht zuletzt muß aber auch der Umfall der bürgerlichen Parteien dem Volke vor Augen geführt werden.

Referent in allen Versammlungen ist Gen. Reichstagsabgeordneter Dr. Quessel-Darmstadt.

Das Parteisekretariat.

Trink.

* Weingarten, 10. Dez. Verschiebener Vortrag. Der auf Samstag, 13. Dez., geplante Vortrag „Vor hundert Jahren“ wird infolge der Lebensbedürfnisvereinsversammlung auf Samstag, 20. Dez., verschoben, was wir allseitig zu beäugten bitten.

Kommunalpolitik.

* Gemeinderatswahl in Ulm. Bei dem Dienstag fand in Ulm Gemeinderatswahl statt. Die Beteiligung war eine sehr starke. Von 264 Wahlberechtigten stimmten 241 ab. Die linksstehenden Parteien erhielten 121, 118 und 116 Stimmen, das Zentrum 120, 117 und 112, erstere erhalten somit 2 Sitze, das Zentrum 1. Das Zentrum hat wieder mit allen möglichen erlaubten und unerlaubten Waffen gekämpft. So war eine Zentrumsgröße am Wahlmorgen so in Aufregung, daß sie eine Fenster Scheibe hinausrannte; dem Geschäftsmann, der die Scheibe einsetzte, versprach der gute Christ dann neben reichlicher Vergütung einen Korb Äpfel, wenn er schwarz wähle. Der Geschäftsmann ließ sich das nicht zweimal sagen. Er nahm die Äpfel dankend in Empfang und wählte; was er aber ins Couvert tat — das ist seine Sache. Hoffentlich tragen die zwei neugewählten Nichtzentrumsmitglieder dazu bei, daß in unserer Gemeinde endlich andere Verhältnisse eintreten und mehr Licht und Luft auf das Rathaus kommt.

te 4.
ge
kel
her
41.
bücher
spiele
el etc.
ch
seht
Album
tel 2949
on etc.
st!
uck
677
pstr.
4.
ster
be.
m
sige
4607
angiger
und Sie
ben
cke treu!
e
ereiten
f.
0 und
5739
en.
ze
wahl
llig. 4398
32
ch.
orm. 11
öffnet.
ude.
von Sei-
hier.
B. Josef
ert Kurz
ampfnes.
— Alois
S. Mer.
w, Ober-
ma, all
nn Paet.

Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandstag beriet weiter die verschiedenen Anträge. Er beschloß, daß die von dem Jenaer Verbandstage festgesetzte Zulage für die Angestellten der Zweigvereine auch in Zukunft an der Hauptkasse bezahlt werden.

Eine längere zum Teil lebhaftere Debatte rief ein Antrag Merkel-Nürnberg zum Wahlreglement für den Verbandstag hervor. Nach den bisherigen Bestimmungen des Wahlreglements bildeten die Gruppen Stufarbeiter, Fliesenleger, Isolierer und Steinbeschläger besondere Wahlbezirke, wählten also eigene Delegierten. Der Antrag Merkel will, daß diese Sonderwahlen wegfallen und die ganze Mitgliedschaft eines Wahlkreises — der vom Bezirksausschuß festzustellen ist — eine einheitliche Wahlkörperlichkeit bildet. Für diesen Antrag traten u. a. auch Winnig und Odenthal, der frühere Vorsitzende der Stufarbeiter, ein. Gauleiter Hüttmann hielt die Zeit für verfrüht, allgemeine Wahlen einzuführen. Aus organisatorischen und idealen Gründen sollte man an dem bisherigen Zustand noch festhalten; der Vorstand könne ja beauftragt werden, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu unterbreiten. Mit 116 gegen 96 Stimmen wurde jedoch dem Antrag Merkel zugestimmt.

Hierauf erledigte der Verbandstag einige Beschwerdefälle aus Lohnbewegungen, die viel Zeit in Anspruch nahmen, für die Öffentlichkeit aber kein weiteres Interesse haben. In mehreren Fällen wurden Ansprüche an die Hauptkasse aus verschiedenen Jahrestellen um Uebernahme der Streikkosten abgelehnt, weil die Genehmigung des Vorstandes nicht erteilt war.

Für die Redaktionskommission berichtete nun Merkel-Nürnberg. Die Kommission schlug eine Reihe redaktioneller Änderungen des Statuts in Verbindung mit den gefassten Beschlüssen vor, denen der Verbandstag auch zustimmte. Das neue Statut wurde dann einstimmig angenommen. Es tritt, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, am 1. Januar 1914 in Kraft.

Ein Antrag, den nächsten ordentlichen Verbandstag erst 1916 stattfinden zu lassen, verfiel der Ablehnung.

Verbandsvorsitzender Paepow ging noch kurz auf die Aufspaltung der Stufarbeiter in Köln ein. Alle Gruppen müßten sich im Bauarbeiterbunde wohlfühlen können. Es solle versucht werden, die Schmerzen der Stufarbeiter zu verstehen und sie mehr zur Mitarbeit heranzuziehen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Mit einem Schlußwort Paepows und einem Hoch auf die Organisation wurde die Tagung geschlossen.

Die Zaberner Rekruten vor dem Kriegsgericht.

Straßburg, 11. Dez. Vor dem Kriegsgericht der 30. Division hatten sich heute drei von jenen Zaberner Rekruten zu verantworten, die über gewisse Vorkommnisse in der Instruktionskammer oder innerhalb der Kasernen des Infanterieregiments Nr. 99 Unberufene Mitteilung gemacht und so deren Veröffentlichung in der Presse veranlaßt haben sollen. Das Verfahren ist öffentlich. Gleichwohl kann weiteres Publikum nicht zugelassen werden, da der Saal nur klein ist und die zahlreich erschienenen Berichterstatter allein den Raum füllen. Die Angeklagten Henk, Belli und Scheible, die früher der 3. Kompanie des Infanterieregiments 99 angehört hatten, sind jetzt dem Regiment 132 bzw. 136 in Straßburg überwiesen. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen den § 101 des Strafgesetzbuches und auf Ungehorsam. Der Anklagevertreter beantragte gegen Henk sieben Monate und gegen Scheible und Belli je drei Monate Gefängnis.

Das Urteil lautet gegen Henk auf sechs Wochen Mittelarrest, gegen Belli und Scheible je drei Wochen Mittelarrest.

Die Begründung des Urteils lautet ungefähr folgendermaßen: Es war zwar nicht voranzusehen, daß die Angaben der Soldaten so große Verbreitung finden würden. Die Leute nahmen an, da ihre Angaben nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, was man ihnen auch versprochen hatte. Dagegen konnte das Gericht nicht annehmen, daß der § 101 nicht in Frage komme, denn es handelt sich um militärische Angelegenheiten, auch weil der Angeklagte Henk sagte: wir müssen unser Recht selbst wahren. Objektiv ist also ein schwerer Verstoß gegen die Disziplin gegeben, ferner auch gegen das Solidaritätsgefühl der Soldaten. Die Leute haben die Tragfähigkeit ihrer Handlung nicht gekannt, dagegen trifft sie der Vorwurf, daß sie ohne weiteres den Angaben des Chef-Redakteurs Glauben schenkten. Nichtbestweiger hat das Gericht Milde walten lassen. Die Untersuchungshaft wurde den Leuten nicht angerechnet, dagegen wurden die Beurteilten sofort aus der Haft entlassen.

Rechte Nachrichten.

Aus dem badischen Landtag.

Die Konservativen haben ihren Initiativantrag, der bezweckt, den mittleren Beamten und Arbeitern in der ersten Kammer einen Sitz zu bewilligen, zurückgezogen. Der Antrag war natürlich nur demagogisch gemeint.

Protestversammlung gegen die Standalaffäre in Zabern.

Freiburg, 11. Dez. In einer überfüllten Volksversammlung in der „Simmerhalle“, welche von der Sozialdemokratie arrangiert war, wurde gegen die skandalösen Vorgänge von Zabern protestiert. Redner des Abends war Redakteur Gen. Geiler-Mühlhausen i. E. Das Verhalten des „vorbildlichen“ Rekrutenregiments v. Fortner wurde einer geübten Kritik unterzogen, während welcher die Versammlung durch Zurufe bewies, wie man in weitesten Volkskreisen das Auftreten dieses unterworfenen Leutnants einschätzt. Aber auch General v. Deimling und der Oberst des 99. Regiments erhielten das nötige Gesagte. In einer Resolution wurde der Rücktritt des Reichskanzlers und Kriegsministers gefordert.

Studentenstreik.

Berlin, 11. Dez. Die Studenten der Zahnheilkunde an der Leipziger Universität sind in den Streik getreten, weil ihnen von der Regierung die Erlangung des „Dr. med. dent.“ abgelehnt worden ist. Aus dem gleichen Grunde haben nun auch die Berliner Studierenden der Zahnheilkunde den Streik beschlossen. Alle im zahnärztlichen Institut arbei-

tenden Studenten haben sich schriftlich verpflichtet, von morgen ab die Arbeit niederzulegen. Heute Abend findet eine Versammlung statt. In der über die weiteren Schritte etwaiger Audienz beim Kultusminister sowie über die Fortführung des Streiks beraten werden soll.

Leipzig 11. Dez. Dem Vorgehen der hiesigen Studentenschaft der Zahnheilkunde hat sich die Studentenschaft in Würzburg angeschlossen.

Leipzig, 11. Dez. Zu dem Streik der Studierenden der Zahnheilkunde an der Universität Leipzig wird gemeldet: Von den Studierenden der Universitäten München, Bonn, Breslau und Marburg sind Anschließerkärungen der hiesigen Studentenschaft eingetroffen.

Leipzig, 12. Dez. Der Streikbewegung unter den hiesigen Studenten der Zahnheilkunde haben sich ferner die Universitäten Freiburg i. Br. und Heidelberg angeschlossen.

Berlin, 12. Dez. Von heute an werden die Studierenden der Zahnheilkunde an den Universitätskliniken Berlin, Breslau, Halle und Greifswald in den Streik treten und zwar bis zum 15. Januar 1914, wenn bis dahin die Regierung keine befriedigende Antwort auf die Forderung betreffend die Doktorwürde abgegeben hat.

Der neue schweizerische Bundespräsident.

Zürich, 11. Dez. Das schweizerische Parlament wählte heute den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Hoffmann von St. Gallen zum Bundespräsidenten für das nächste Jahr und zum Vizepräsidenten den Bundesrat Motta.

Wasserstand des Rheins.

12. Dezember.

St. Hubertinsel 2.10 m, gest. 8 cm, Kehl 2.99 m, gest. 19 cm, Maxau 4.66 m, gest. 17 cm, Mannheim 3.86 m, abf. 1 cm.

Briefkasten der Redaktion.

A. Offenburg. Wir haben das Manuskript dem Vorsitzenden der Preiskommission übermittelt und werden ihn bitten, es Ihnen zuzugleichen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arb.-Radfahrerbund „Solidarität“.) Heute Freitag, abends 6 Uhr, Probe für die Kinder-Weihnachtsfeier im Vereinslokal. Ebenfalls können noch mehrere Kinder von 10—15 Jahren daran teilnehmen. 5893

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 14. Dez., Besichtigung der hiesigen Sammlungsgebäude mit Ausstellung für Altertums- und Völkerkunde, Waffen- und Münzsammlung, Naturhistorisches Museum, unentgeltlich. Zusammenkunft auf dem Friedrichsplatz 1/2 Uhr. NB. Montag, 15. Dez., Monatsversammlung. 5877

A.-Mühlburg. (Bruderbund.) Heute, Freitag, Singstunde für Männerchor im kleinen Saal des „Küchen Krug“ punkt halb 9 Uhr. Um vollgültige Beteiligung wird höflich gebeten. Unregelmäßige Singstunde findet von jetzt ab wieder Montags für gemischten Chor und Freitags für Männerchor im oben genannten Saal statt. 5876

Durlach. (Arbeiteradfahrerbund „Solidarität“.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag nachmittag punkt 2 Uhr im „Lamm“ (Saal) unsere Generalversammlung stattfindet. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Statuten vom Bund sind mitzubringen. 5878

Durlach. (Soz. Verein.) Samstag, 13. Dezember, abends 1/2 Uhr im „Schwanen“ Mitgliederversammlung mit Vortrag, wozu wir möglichst vollständiges Erscheinen erbitten. Breiten. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend halb 9 Uhr: Parteiverammlung im Gasthaus zum „Engel“. Erscheinen aller Parteigenossen Ehrenfache. 5879

Werbt neue Abonnenten für den Volksfreund!

Praktische Weihnachtsgeschenke zu billigen Preisen!



Elegante Damen-Hausschuhe
(Seide) in vielen feinen Farben mit Pompon
Weihnachtspreis M. **1.95**

Kameelhaarschuhe, garantiert reine Wolle u. Kameelhaar, mit Ledereinfass-Filz und Ledersohle
Damen M. **1.78**, Herren M. **1.98**

Preiswerte Wildbox Damenstiefel mit Lackkappe moderne Form. weitgehendste Garantie Weihnachtspreis Mk. 6.75	Elegante Box-Herren- Hakenstiefel Lackkappe, Derbyschnitt hochmoderne Form weitgehendste Garantie per Paar Mk. 7.50
---	--

Preiswerte Box-Kinderschnürstiefel
Naturform, genäht und holzgenagelt
Nr. 27 - 30 M. **3.95**, Nr. 31 - 35 M. **4.50**

Ferner empfehle in großer Auswahl zu billigen Preisen
Gamaschen Fußballer Fußballstiefel

R. Altschüler, Karlsruhe
Kaiserstrasse 161
Ecke Ritterstrasse.
Größtes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands
36 eigene Filialen.

für Weihnachten
empfehle 5885
gehochten u. rohen Schinken
kleine Kuh- u. Kollschinken
Pariser Pochschinken
Schüringer u. westfäl. Salami
sowie sämtliche
norddeutsche Wurstwaren
in nur guten Qualitäten.
Otto Schenk
Durlach, Hauptstr. 84

Bucherer
empfehle 5881.3
Filder-Sauerkraut
1 Pfd. 8 Pfg.
3 Pfd. 20 Pfg.
Neue Linsen
Pfd. 20 und
25 Pfg.
Neue gelbe Erbsen
Pfd. 20 Pfg.
Neue grüne Erbsen
Pfd. 23 Pfg.
Neue Perl-Bohnen
Pfd. 20 Pfg.
Dörrfleisch
Pfd. Mk. 1.15.
Echte Frankfurter Würstel
Paar 24 Pfg.

Bucherer
in sämtl. Filialen.
Hasen zu verkaufen.
Einige 4 Monate alte deutsche
Niesen-Schnecken, Schwarz-
Weiß-Häutchen, und Haunke
sind billig zu verkaufen. 5884
Nippurstr. Nr. 100,
2. Stock links.
Anzugeben Sonntag morgen

Grosser
Weihnachts-Verkauf
 in
Schuhwaren
 für Damen, Herren und Kinder
 zu
staunend billigen Preisen.
Schuhhaus Münzner
 Südstadt: Werderpl. 34. Mühlburg: Rheinstr. 12.

Weihnachts-Verkauf auf Kredit!

Grosse Preisermässigung in allen Abteilungen.
Sehr bequeme Teilzahlungen.

Kredithaus Ittmann

Rondellplatz. **Karlsruhe** Rondellplatz.
 Sonntags von 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Für Weihnachts-Geschenke
 empfehle in nur besten Fabrikaten
 ::: und neuesten Façonen :::
Uhren jeder Art und Preislage.
 Uhrketten für Herren u. Damen, Ohrringe, Colliers,
 Broschen, Armbänder, Armreife, Herren- und
 Damenringe, Cigaretten-Etuis, Spazierstöcke,
 Krawattennadeln, Manschettenknöpfe, Taschen-
 lampen und Feuerzeuge etc.
 in allen Preislagen.
Hans Meissburger,
 Durlach Uhrmacher Hauptstr. 38.

Durlach. Verlassen Sie sich

ruhig auf meine Sachkenntnis und Reellität beim
 Schuhkauf — ich habe das grösste Interesse, Sie
 gut, gewissenhaft und preiswert zu bedienen.
Winter-Mode-Schuhwaren
 für Damen und Herren ::: elegant und praktisch
 Mk. 6.50 7.50 8.50 10.50 12.50 14.50 16.50

Schnür- und Schnallenstiefel mit Woll-
 oder Fellfutter. Doppelsohlen-Stiefel.
 Korkboden-Stiefel. Kinder-Stiefel ::
 Reizende Neuheiten für Ball
 und Gesellschaft. :: Hausschuhe, Pantoffel.
Schuhhaus
J. Zucker
 Hauptstrasse 86.



Gold-u. Silber-Waren
 Trauringe, Bestecke, Wand- u. Weckeruhren
 Herrenstöcke, Taschenlampen, opt. Waren
 kaufen Sie gut und billig bei
Adolf Schäfer, Durlach
 26 Hauptstrasse 26.
 Wegen Umzug gebe ich 10-20 Prozent Rabatt.

Grosse Auswahl! — Billige Preise!
Ulster, Palefots, Bozener Mäntel,
Anzüge, Pelerinen, Joppen,
Hosen für Herren, Burschen und Knaben,
Arbeiter-Kleider,
Palefots in schwarz und farbig, **Ulster,**
Costumen, Costumeröcke, Jacken,
Blousen für Damen in allen Weiten.
 Grosses Lager in **Herren-Mode-Artikeln.**
Freund & Co., Karlsruhe
 Waldhornstrasse 25, Eingang Kaiserstrasse.
 Etlingen: Kronenstrasse.

Durlach.
 Heute Freitag
frische
Leber- u. Griebenwürste
 und morgen Samstag
schönes Schweinefleisch
 empfiehlt
Fr. Weber, Auerstr. 50.
 Sehr gut erhaltene
Herren- und Frauen-
kleider, Schuhe, Stiefel,
Weißwaren
 läuft man am besten u. billigsten
 nur bei
Frau Waldvogel
 Durlacherstr. 55.

Hausverkauf.
 Schönes 4-Zimmerhaus, in der
 Südstadt gelegen, ist um den
 billigen Preis von 27 500 Mk.
 mit geringer Anzahlung zu ver-
 kaufen.
 Offerten unter Nr. 5874 an
 die Expedition ds. Bl.
 Zu verkaufen: 1 vollstän-
 diges Bett, sehr gut erhalten,
 1 gutes Kanapee, 1 Wasch- und
 1 Nachtschrank, sowie ein runder
 Tisch, auf 35 Mk. Zu erfrag.
 Martstr. 5, Mühlburg.
Hagsfeld. Wohnung von 2
 ev. auch 3 Zimmer
 mit Wasser und Gas, in Nähe
 der Bahnhöfe, auf 1. April zu
 vermieten. Schulstr. 49.
Grammophon. gut erhalt.
 fast neu, mit 16 Doppelpfatten, bill. z. verk.
 Durlach, Spitalstr. 18 II.

Billiges Wild-Angebot!
 Ein weiterer Waggon Hasen trifft für diese Woche
 ein und verkaufe um sofort frisch zu räumen:
Schlesische Riesenhasen pr. St. 3.80 bis 4.30
 große Hasenrücken 1.50 1.70
 große Hasenstücke 0.75 0.85
 große Hasenragout 1.00 1.20
 kleinere Hasen von Mk. 2.50 an, auch zerlegt billigt.
 wilde Kaninchen per Stück 1.20 bis 1.50.

Rehe
 Schlegel und Rücken in jeder Preislage.
 Schlegel gebe auch geteilt ab.
 Hasenbühne u. -Nemen, Schneyen, Krammetbügel.
 Wildenten, ff. Mastgänse, Hüh- und Zeeische.
 Strahburger Bratentänne, auch im Auschnitt
 in bekannter Güte und billigstem Tagespreis.
 nur **Carl Pfefferle** nur Erb-
 Telefon 1415. **Carl Pfefferle** prinzenstr. 23.
 Freitag auch auf dem Werderplatzmarkt.
 Samstag auch auf dem großen Markt, Stand
 vor der ehernen Stadtkirche. — Prompter Verkauf
 nach auswärts.
 Bitte genau auf meine Firma **Carl Pfefferle**
 und Telefon 1415 zu achten.
 Veräume niemand meine Weihnachts-
 Ausstellung am Sonntag 14. Dezember
 von abends 5 Uhr an zu besichtigen.

Schlaflos! Kopfschmerz!
 Versuchen Sie Dr. Bergmanns
 Baldrian-Nerventropfen „Bonal“
 (Destillat) à Mk. 1.00.
 Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Pfannkuch & Co.
 Frisch eingetroffen:
 Der erste Waggon
Holländer
Blumenkohl.
 Kopf 35 u. 40
 Frische
Schwarz-
wurzeln
 Pfund 30
Pfannkuch & Co.
 C. m. b. H.
 in den bekanntesten
 Verkaufsstellen.

K.F.G. Frankfurt
 e. V. 2004
 Heute abend im Klubhaus
Spieler-Versammlung
 mit Vortrag.
Sonntag, den 14. Dez. 1913
 auf unserem Platze:
 Union Pforzheim II u. III gegen
 Frankonia II u. III.
 Beginn 2^{1/2}, bezw. 1 Uhr.
 I. Mannschaft in Pforzheim.
 Abfahrt 11.30 in Durlach.
 IV. Mannschaft geg. K. F. V. 5
 auf K. F. V.-Platz.
Christbäume,
 ein Waggon, sind für mich ein-
 getroffen und empfehle mich bei
 Bedarf der Arbeiterschaft von
 Durlach und Umgebung bestens.
 Auch größere Auswahl in
 Vereinsbäumen.
 Hochachtungsvoll
H. Busch, Durlach
 im „Gambrius“, Hauptstr.

Mühlburg, Lamenstr. 1.
Eingebrochen
 Ist die Zeit, wo ich als passende
 Weihnachts-Geschenke bestens
 empfehle:
Anter-Herrenuhr, 15 Rubis
 von Mk. 16.— an,
Cylind.-Herrenuhr, 10 Rubis,
 von Mk. 16.— an,
Cylind.-Herrenuhr, 6 Rubis,
 von Mk. 8.50 an,
585 Gold-Damenuhren, 10 Rubis,
 von Mk. 25.— an,
833 Gold-Damenuhren, 10 Rubis,
 von Mk. 17.50 an,
516 Damenuhren, 10 Rubis,
 von Mk. 15.— an,
516 Damenuhren, 6 Rubis,
 von Mk. 8.50 an,
333 Gold-Frau-Ringe,
 das Paar von Mk. 10.— an.
 Große Auswahl in
Taschenuhren, Wanduhren,
Trauringe, Gold u. Silber.
 Eigene Reparaturwerkstätte.
Franz Benesch
 Uhrmacher. 5348

Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“
Karlsruhe-Beiertheim.
 Samstag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale
 zum Stefaniensbad 5892
Sonnenwendefeier
 verbunden mit Musik, Gesang, Theateraufführungen und
 Tanz.
 Hierzu laden wir unsere verehrl. Mitglieder sowie Freunde
 und Gönner unseres Vereins aufs freundlichste ein. Besonders
 bitten wir die Sangesgenossen von Karlsruhe, uns bei dieser
 Veranstaltung nach Kräften unterstützen zu wollen.
 Der Vorstand.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
 X **Café Bauer.** X
 X Heute Freitag X
 X **Operettenabend.** X
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Weihnachts-Messe
 in der Großh. Landes-
 gewerbehalle Karlsruhe
 Karlsruhstr. 17 — Teleph. 985
Ausstellung, Verkauf und Verlosung
 von Handwerkerzeugnissen
 Eintritt an Werktagen frei, Sonntags 10 Pfennig.
 Besuchszeiten:
 an allen Werktagen von 10—1 u. 3—8 Uhr abends
 Dienstag und Freitag von 3—10 Uhr
 an Sonntagen von 11—7 Uhr abends. 5085

Sämtliche
Bedarfsartikel zur Weihnachtsbäckerei
 in frischer Ware
 empfiehlt 5878
Carl Löffel, Körnerstraße 26,
 Ecke der Goethestraße.

Bucherer
 empfiehlt
Eier! Eier!
 Ralk-Eier 10 Stück 76.
 frische Eier 10 Stück 88.
 Die beliebte
„Durlacher Stolz“
 Margarine
 per Pfund 90 Pfg.
Beste Tafel-Butter
 per Pfund Mk. 1.40.
Bucherer
 in sämtlichen Filialen. 5882

Verkaufe und
Kaufe fortwährend neue
 und getragene
 Herrenkleider, Schuhe, Stiefel,
 blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren,
 Waffen, Gold und Silber,
 Brillanten, Zahngebisse, Pfand-
 scheine, Möbel, Reisekoffer.
 Erstes größtes An-
 u. Verkaufsgeschäft **Levy**
 Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Ihr Weg lohnt sich
 wenn Sie
Pelze
 Wilhelmstr. 34, 1 Str.
 einkaufen. 5241
 Keine Ladenspesen.
 Nur neue Ware.
 Sonntags bis 7 Uhr offen

Vorteilhafte Geschenk-Artikel!

Leib- und Bett-Wäsche

- Damen-Hemden** mit gestickter Passe 1.90 1.65 **1.10**
 Damen-Hemden Ia Qualität 1.75 1.45 **1.25**
 oder Feston mit schöner Stickerei
 Damen-Hemden vorzügl. Qual., in eleg. 3.25 2.45 **1.70**
 Ausführung
- Damen-Beinkleider** schöne Ausführung gebogt 1.45 1.25 **95.**
 Damen-Beinkleider beste Verarbeitung 1.90 1.75 **1.45**
 Ia Stoffe
 Damen-Beinkleider vorzügliche 3.25 2.75 **2.25**
 Qualität, in eleganter Ausführung
- Unter-Röcke ::** Prinzess-Röcke ausserordentlich vorteil- 4.75
 haft . . . 8.75 6.50
 Stickerei-Röcke grosse Auswahl 2.45 1.95 **95.**
 Stickerei-Röcke besonders elegant 6.50 4.75 **3.45**
- Farbige Wäsche** Damen-Hemden farbig . . 2.25 1.75 **1.25**
 Damen-Beinkleider farbig 1.90 1.45 **95.**
 Damen-Nachtjacken farbig 2.25 1.70 **1.25**
 Anstands-Röcke . . . 2.45 1.75 **1.35**
 Herren-Hemden farbig . . 2.90 2.25 **1.65**
 Knaben-Hemden farbig 60—100 1.00 **75.**
 Grösse
- Bett-Wäsche ::** Kissen-Bezüge grosse Auswahl 1.90 1.45 **3.75**
 Parade-Kissen mit schöner Stickerei und 4.50 3.25 **2.45**
 Fältchen . . .
 Damast-Bezüge weiss und farbig 5.90 4.50 **3.75**
 Betttücher in Cretonne oder Halbleinen 3.45 2.75 **1.90**
 Ober-Betttücher mit Stickerei od. Wasch- 6.50 4.50 **3.20**
 klöppel
- Baby-Wäsche ::** Kinder-Hemdchen 55 45 25 **15.**
 Kinder-Jäckchen gestr. 95 65 45 **25.**
 Einlagen-Deckchen 45 30 24 **18.**
 Gummi-Einlagestoffe 3.25 2.50 **1.95**

Taschen-Tücher

Batist-Tücher, weiss 1/2 Dtzd. 1.25 65 **48.**
Batist-Tücher, farbig 1/2 Dtzd. 1.75 1.25 **75.**
Schweiz. Stickereitücher 2.25
 1/2 Dtzd. 3.75 2.70

Taschen-Tücher, gebr.- 76.
 fertig, 1/2 Dtzd. 1.25 95
Taschen-Tücher, reinlein. 1.25
 Schuss, 1/2 Dtzd. 2.00 1.60
Taschen-Tücher, reinlein. 2.95
 1/2 Dtzd. 4.50 3.75

Taschen-Tücher mit Buch- 1.40
 staben u. farb. Rand 1/2 Dtzd.
Taschen-Tücher, weiss, 1.80
 handgest. Buchst. 1/2 Dtz. 2.65
Taschen-Tücher, reinl. mit 3.80
 handgest. Buchst. 1/2 Dtz.

Mode- u. Aussteuerhaus
Hugo Landauer
 Kaiserstraße, Ecke Lammstraße. 5863

No. 1
 Ausgabe i
 25 3; am
 Die
 Di
 Das
 lische Ver
 ersten D
 fische Re
 Wochen
 hört nicht
 digte Re
 hängten
 urteilun
 fruten o
 raten m
 Die drei
 die info
 wa h r
 feit hatt
 der mit
 der Sun
 Das
 fährtraf
 finden u
 schließli
 Ungeho
 terchri
 oder B
 nur geg
 jen nur
 herange
 gemein
 Mede;
 der Ab
 Redakt
 klärung
 Fortsch
 stätigte
 sie nicht
 Erklär
 und ste
 der ver
 selbstb
 soziald
 viel in
 Die
 jachen.
 Tages
 allerdi
 daten
 Militä
 daten,
 urteil
 Frage
 No
 war,
 eine
 der
 fende
 habe.
 leugn
 eine
 Muni
 n i d
 franz
 es d
 das
 gefe
 man
 widri
 sittlic
 sprich
 M
 des
 an d
 gewö
 Klein
 als
 befef
 geme
 sagt.
 Sim
 gefü
 Ober
 erör
 folgt
 stoß
 ider
 Hilf
 mein
 ten,
 Um
 Fra
 gefe